

Merkel fragt nach Alternativen zur Kernenergie

Umfragemehrheit gegen raschen Ausstieg · Ökonomen warnen vor Fixierung auf Atomkraft · Bio-Rohstoffe fördern

VON TIMM KRÄGENOW, BERLIN

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Gegner der Kernenergie aufgefordert, Antworten auf die Fragen des Klimaschutzes zu geben. Da Kohlekraftwerke das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) ausstießen, könnten sie die CO₂-freien Atomkraftwerke nicht ersetzen. „Ich sage, dass diejenigen, die den Atomausstieg wollen und gleichzeitig Klimaschutz wollen, natürlich jetzt auch aufgefordert sind, Antworten zu geben“, sagte die Kanzlerin gestern im Deutschlandfunk. Der Klimawandel sei eine der größten Herausforderungen für die Menschheit.

In einer Umfrage lehnte eine Mehrheit der Deutschen einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft ab. In einer Forsa-Umfrage im Auftrag von „Bild am Sonntag“ hielten 61

Prozent der Befragten einen Ausstieg für nicht vertretbar, ehe nicht Sonnen- und Windenergie oder andere Alternativen in einem vergleichbaren Umfang zur Verfügung stünden.

Nach den Szenarien der Internationalen Energieagentur (IEA) wird der weltweite Anteil der Kernenergie an der Energieversorgung im Jahr 2030 nur zwischen fünf und sieben Prozent liegen. Ökonomen warnten deshalb am Wochenende davor, die Diskussion über Energie und Klimaschutz auf das Thema Kernenergie zu verengen.

Nebenrolle

Kernkraft Die Internationale Energieagentur (IEA), die zu den Befürwortern der Kernenergie gehört, sieht keine rosige Entwicklung. Der Anteil der Kernenergie weltweit werde 2030 nur zwischen fünf und sieben Prozent liegen.

„Die Kernenergie wird in keinem Fall eine größere Rolle bei der Lösung der weltweiten Energie- und Klimaprobleme spielen“, sagte der Chefökonom des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, der Financial Times Deutschland. Edenhofer hatte die weltweit erste große Vergleichs-

rechnung ökonomischer Energiemodelle der führenden Forschungsinstitute aus den USA, Europa und Japan durchgeführt und damit wichtige Grundlagen für den „Stern“-Report über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels gelegt.

Allein um den heutigen Anteil an der Energieversorgung zu halten, müssten bis zum Jahr 2030 auf der Welt mehr als 400 neue Kernkraftwerke gebaut werden, betonte Edenhofer. Die angekündigten Neubaulprojekte machten aber nur einen Bruchteil dieser Zahl aus. Angesichts des enormen Kapitalbedarfs und der dann drohenden Uran-Knappheit sei eine größere Rolle der Kernenergie wirtschaftlich allerdings nicht sinnvoll. „Nach allen Szenarien sind die erneuerbaren Energien nach 2030 deutlich wichtiger als die Kernenergie“, sagte Edenhofer. „Dominant werden weiterhin die fossilen Energien wie Gas, Kohle und Öl sein. Hier geht es darum, Techniken für die Abscheidung des Kohlendioxids zu entwickeln.“

Merkel betonte, dass sie in der Energiepolitik zum Koalitionsvertrag

stehe. Darin ist festgelegt, dass am Ausstiegsfahrplan des Atomgesetzes nichts geändert wird. „Zumindest für die Legislaturperiode gibt es daran keine Änderung“, sagte Merkel. Sie kündigte an, sich als EU-Ratspräsidentin für eine stärkere Förderung nachwachsender Rohstoffe einzusetzen. „Wir wollen, dass Europa ein Vorreiter ist – im Klimaschutz, bei der Verbesserung der Effizienz der Energie und bei der Entwicklung von neuen Produkten“, sagte Merkel in ihrer wöchentlichen Videobotschaft im Internet. Die nachwachsenden Rohstoffe seien ein Hauptthema auf der am kommenden Freitag beginnenden Landwirtschaftsmesse „Grüne Woche“ in Berlin.

Die SPD-Fraktion verlangte, mit einem Gesetz die Erzeugung von Wärme aus Erneuerbaren Energien zu fördern. Wie heute schon bei Strom solle die Verwendung von Öko-Energie bezuschusst werden.

KOMMENTAR | Seite 27



WWW.FTD.DE/DEBATTE/103

Abkehr vom Atomausstieg?